

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementpreis für das Erzgebirge: 12 Pfd. 60 Pfennige, auswärts 14 Pfd. 60 Pfennige, halbjährlich 24 Pfd. 60 Pfennige, vierteljährlich 12 Pfd. 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 271

Sonntag, den 21. November 1926

21. Jahrgang

Regierungsbildung in Sachsen.

Kommt eine Koalition zustande?

Dresden, 19. November.

Am Donnerstag Nachmittag hat in Dresden eine Besprechung von Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Alten sozialdemokratischen Landtagsfraktion stattgefunden, in der die Möglichkeiten einer Regierungsbildung erörtert wurden. Irgendwelche Beschlüsse oder Vereinbarungen wurden nicht getroffen. Immerhin ist eine gewisse Klärung der Situation infolgedessen eingetreten, als verschiedene, in der letzten Zeit aufgetauchte Pläne als praktisch undurchführbar festgestellt worden sind. Dies gilt insbesondere für den Plan, dem von den Sozialdemokraten als Ministerpräsidenten vorgeschlagenen früheren Volksbildungsminister Fleißner sofort einen Gegenkandidaten gegenüberzustellen, auf den sich sämtliche Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Alten Sozialdemokraten vereinigen werden. Die Entwicklung wird sich vielmehr so vollziehen, daß zunächst ein erfolgloser Wahlgang stattfindet, da weder Herr Fleißner, noch irgendein anderer Kandidat die erforderliche absolute Stimmenmehrheit erreichen wird. Dann werden die

Bemühungen um die Herstellung der Großen Koalition einleiten, die allein in der Lage ist, der künftigen Regierung eine breitere Basis zu geben. Es kann auch damit gerechnet werden, daß in diesem Stadium durch den Berliner Parteivorstand auf die sozialdemokratische Landtagsfraktion ein gewirkt wird. Was

Die Haltung der Deutschen Volkspartei
anbetrifft, so sind nach unseren Informationen die darüber im Umlauf befindlichen Darstellungen ausnahmslos unzutreffend. Die Deutsche Volkspartei hat weder bisher erklärt, daß sie sich auf keinen Fall zu einer Koalition mit den Linkssozialisten bereit finden werde, noch lehnt sie, wie ein Berliner demokratisches Blatt fälschlicherweise zu melden weiß, eine andere als die Große Koalition ab.

Das Amt des Landtagspräsidenten.

Für das Amt des Landtagspräsidenten hat bekanntlich die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihr Mitglied, den

früheren Wirtschaftsminister Schwarz, in Vorschlag gebracht. Wie wir zuverlässig erfahren, werden die Linkssozialisten Herrn Schwarz nicht wählen, so daß keine Wahl als gesichert erscheint. Als erster Vizepräsident kommt, wie bisher, ein Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei in Frage. Man darf annehmen, daß die Deutschnationalen auf den Leipziger Landgerichtspräsidenten Dr. Wagner zurückgreifen werden, der bereits im Landtag von 1920 bis 1922 das Amt des ersten Vizepräsidenten bekleidet hat.

Die Linkssozialisten lehnen die Deutschnationalen ab.

Dresden, 19. November. Gestern nachmittag fanden zwischen den Landtagsparteien, und zwar von den Linkssozialisten bis zu den Deutschnationalen, ernste Verhandlungen über die Regierungsbildung statt. Die Verhandlungen, die sich bis zum späten Abend hinzogen, führten jedoch zu keinem Ergebnis. Die Linkssozialisten gaben die Erklärung ab, daß es ihnen nicht möglich sei, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Deutschnationalen beteiligt seien. Darauf begannen die Verhandlungen über die Wahl des Ministerpräsidenten.

Loeb nicht Kandidat für den Posten des Finanzministers.

Die von anderer Seite verbreitete Meldung, die SPD habe den früheren thüringischen Staatsbank-Präsidenten Loeb zum sächsischen Finanzminister aussuchen und bereits mit ihm verhandelt, ist, wie wir erfahren, vollständig falsch.

Rücktritt des Dresdner Spitzenkandidaten der Aufwertungspartei.

Der in Dresden gewählte Spitzenkandidat der Aufwertungspartei, Rechtsanwalt Dr. Hermann-Dresden, hat die Annahme des Mandates als Landtagsabgeordneter abgelehnt. An seine Stelle tritt als Abgeordneter Karl Hans Schilling, Leipzig, Gemeindefraße 27.

Poincaré gegen ständige Militärkontrolle.

Die Blätter erinnern an ein Schreiben, das Poincaré am 28. April 1919 an Clemenceau gerichtet hat, und das die stärkste Argumentation gegen die Schaffung ständiger Kontrollorgane in der entmilitarisierten Rheinlandzone nennet. In diesem Schreiben heißt es u. a.: Deutschland, so sagt man, solle gehalten sein, auf dem linken Rheinufer und in einer Zone von 50 Kilometern östlich des Rheins weder Truppen noch Festungen zu unterhalten. Aber der Vertrag sieht keine dauernde Kontrolle der Truppenzahl und der Rüstung vor, weder auf dem linken Rheinufer, noch im übrigen Deutschland. Die Bestimmung, wonach der Völkerbund Feststellungen vornehmen kann, läuft also mangels einer dauernden Kontrolle Gefahr, völlig illusorisch zu sein. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt dazu: Was der Poincaré von 1919 bekannte, das kann der Poincaré von heute nicht in Abrede stellen!

Die Union of Democratic Control für allgemeine Abrüstung.

London, 19. Nov. Die Union of Democratic Control fordert in einer Entschliessung, daß alle Signatäre der Versailler Verträge durch substantielle Angebote einer Verminderung ihrer Rüstungen und Stehenden Heere ihr Vertrauen auf Sicherheit beweisen sollten, die nach ihrer eigenen Angabe ihr Ziel war, als sie diese Verträge abschlossen. Die Union weist darauf hin, daß nach der Feststellung des Generals Morgan die materielle Abrüstung Deutschlands so weit wie möglich gegangen sei, und daß der Rücktritt des Generals von Seeke ein Zeichen für die Bereitschaft der deutschen Regierung sei, loyal an dem allgemeinen Plane mitzuarbeiten. Eine solche Bereitschaft könne nicht weiter bestehen, wenn sich die Siegermächte weigerten, auch ihrerseits entsprechende Rüstungsvermindierungen vorzunehmen.

Der Anschluß Oesterreichs an das Kontinentale Kohlenkartell.

Nach einer Mitteilung aus Wien hat sich der Generaldirektor der Alpen Montanengesellschaft Apold zu Verhandlungen mit der Kohlenkartellgemeinschaft nach Deutschland begeben.

Konflikt in der Mandatskommission

Genf, 19. Nov. Der Krieg der Mandatsmächte gegen die Mandatskommission des Völkerbundes ist nunmehr in seine erste Entscheidungsphase getreten, und es wird gut sein wenn auch die deutsche Delegation sich auf die im Völkerbundrat kommende Debatte über die Kompetenzen der Mandatskommission langsam einzulassen beginnt. Die englische Regierung hat unter dem 8. November auf die aus der letzten Ratssitzung bekannten Forderungen der Mandatskommission eine Antwort erteilt, die in höchster, wenn auch oft ironischer Form, diese Forderungen glatt ablehnt.

Da in der Mandatskommission der italienische und holländische Einfluß sehr stark sind (Präsident ist der italienische Marquis Theodoli, der stark mit dem französischen Orient verwandt und verschwägert ist, und Vizepräsident ist der holländische Kolonialfachmann van Nood), so dürfte der Kampf um die Rechte der Mandatskommission mit dieser englischen Absicht wohl erst recht beginnen.

Die Kämpfe auf Java.

Amsterdam, 19. Nov. Die niederländisch-indischen Truppen haben den Kampf gegen die kommunistischen Rebellen auf Java begonnen. Die Behörden greifen mit größter Energie durch. In den letzten Tagen wurden mehrere hundert Personen verhaftet. Im Pantanggebiet wurde eine Elitegruppe von 160 Mann gegen die Aufrechter eingesetzt. Die Behörden werden von der Bevölkerung unterstützt. Im Tangarangebiet haben sich 65 Rebellen ergeben. Die niederländisch-indische Regierung warnt vor Zeitungsartikeln aus Amerika, die besagen, daß der Aufstand gefährlichere Formen angenommen habe. Diese Meldungen seien auf Kaufschuldspekulationen zurückzuführen.

Massenverhaftungen in Italien.

Paris, 19. Nov. Wie der „Paris Echo“ in einer kurzen Depesche zu melden weiß, hat Mussolini sämtliche Abgeordneten der sozialistischen Partei, der maximalistischen und der kommunistischen Partei, soweit er ihrer habhaft werden konnte, verhaften und ins Gefängnis werfen lassen.

Mussolini der Katgeber Pangalos.

Athen, 19. Nov. Pangalos traf aus Kreta unter sehr starker Bedeckung in Athen ein und wurde nach dem Zentralgefängnis übergeführt. Journalisten, die Gelegenheit hatten, ihn bei der Ankunft zu sprechen, erklärte er, daß er sofort, nachdem man ihn in Freiheit gesetzt, zu seinem Gemüsegarten und seinen Büchern zurückkehren würde. Ferner äußerte er, er habe, während er an der Macht war, einen lebhaften Briefwechsel mit Mussolini geführt, der ihm öfters Ratsschläge erteilt habe. „Ich bedauere nur,“ so fügte er hinzu, „diese Ratsschläge in einem Punkte nicht befolgt zu haben.“ Nähere Angaben darüber, was dieser Punkt betrafte, machte jedoch der abgesetzte Diktator nicht. — Am Montag beginnt wahrscheinlich das Verhör Pangalos vor dem obersten Rat.

Aufdeckung einer Spionageorganisation an der russisch-estnischen Grenze.

Reval, 19. Nov. Im Gebiet von Pefteri, an der estnisch-russischen Grenze, wurde eine geheime Spionageorganisation entdeckt, die zugunsten Russlands arbeitete. Sie trieb nicht nur Spionage, sondern sammelte unter der Bevölkerung auch Unterschriften für eine Wiedervereinigung mit Rußland. Es wurden 10 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich der ehemalige Präsident der britischen Verwaltung Verefin und ein russischer Priester.

Noch keine Einigung im englischen Oergarbeiterstreik.

London, 19. Nov. Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten nahm eine von Sidwales eingebrachte Entschliessung an, worin allen Bezirken empfohlen wird, unverzüglich mit den Grubenbesitzern in ihren Bezirken die Verhandlungen wegen des Abchlusses neuer Lohnverträge zu eröffnen, doch soll kein Bezirk eine endgültige Regelung annehmen, bevor nicht eine nationale Konferenz abgehalten worden ist, bei der Berichte über alle Einzelverhandlungen vorgelegt werden sollen.

Befahrungsbüchlein.

Französisches Urteil gegen zehn deutsche Gymnastiken.
Kaiserslautern, 19. November. Vor dem hiesigen französischen Militärvolkgericht hatten sich zehn Gymnastiken des Kufeler Progymnasiums zu verantworten, denen zur Last gelegt wurde, 100 Meter von der französischen Gendarmeriestation in Kufel entfernt das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein gesungen zu haben. Zwei Hauptangeklagte wurden zu je 200 Mark Geldstrafe, zwei weitere zu je 50 und vier andere zu je 25 Mark verurteilt.

Reichswehr und Turnunterricht.

Berlin, 19. Nov. Nach einer vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Mitteilung eines Breslauer Industriellen nahmen im Oktober Reichswehroffiziere an Sitzungen der Vorstände der Arbeitgeberverbände von Industrie, Großhandel und Einzelhandel teil, um wie sie erklärt haben sollen, Geld zur Ausbildung von Turnlehrern durch die Reichswehr zu erhalten. Diese Turnlehrer sollten in Stadt und Land Turnkurse einrichten. Pro Arbeitnehmer sollten die Arbeitgeber etwa eine Mark zahlen. Im Anschluß daran bringt das „Berliner Tageblatt“ eine Erklärung des Reichswehrministeriums, wonach der Zweck der Besprechung gewesen sei, die im Wirtschaftsleben stehenden Herren für die Unterbringung auscheidender Heeresangehöriger und für die körperliche Erhaltung des Reichswehrvertrages zu interessieren. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, die Angelegenheit sei durch die Erklärung des Reichswehrministeriums nicht genügend klargestellt und fordert ein Eingreifen des Reichstages.

Held bei Reinhold.

Besprechungen über den Finanzausgleich.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der bairische Finanzminister Dr. Krausnick hatten gestern Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold über die Frage des Finanzausgleiches. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, trugen die Besprechungen informativ Charakter. Die bayerischen Minister informierten den Reichsfinanzminister über die Wünsche Bayerns zum Finanzausgleich und über die Stimmung, die in Bayern gegen die beabsichtigte Regelung in der Frage des Finanzausgleiches besteht. Die Minister haben am Freitagabend Berlin wieder verlassen.

Reparaturen am alten Systemen.

ene

er

it

mm,

apel

erfert

tt.

SLUB

Wir führen Wissen.